Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 288. | Dresden, Freitag den 12. Dezember 1913. | 24. Jahrg.

In dem Prozeß gegen die drei Zaberner Rekruten wurde ein Angeklagter zu sechs Wochen und zwei Angeklagte zu drei Wochen Mittelarrest verurteilt.

Die Reichsbank hat den Wechseldiskont auf 5 Proz. und den Lombardzinsfuß auf 6 Proz. herabgesetzt.

Der österreichische Buchdruckerstreik erfaßt die Hilfsarbeiter und voraussichtlich auch noch die Schriftgießer.

Nach Abgabe der Regierungserklärung wurde dem neuen französischen Kabinett Doumergue mit 502 gegen 141 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Die mexikanischen Aufständischen haben Tampico eingenommen.

Regierungskrisis?

In parlamentarischen Kreisen erhält sich die Annahme, daß trotz aller Rückzugsmanöver und Versöhnungsversuche des Reichskanzlers eine Regierungskrisis besteht. Es wird damit gerechnet, daß in nicht sehr ferner Zeit nicht nur der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Graf Wedel, sondern auch **der Reichskanzler selbst aus ihren Aemtern scheiden werden.**

In der Tat zeigt jeder weitere Tag, wie unhaltbar die Stellung des Reichskanzlers geworden ist. Die Erklärungen, die in der Donnerstagsitzung des Reichstags von dem Abgeordneten Erzberger und dem nationalliberalen Vizepräsidenten Paasche abgegeben worden sind, zeigen, daß Bethmann-Hollweg den Boden unter den Füßen verloren hat.

Die unverhüllte Himmeldonnerwetterpolitik, die der konservative Graf Westarp in polternder Offenherzigkeit bekundet hat, nötigte die Mittelparteien, sich von ihrem schmählichen Umfall, wie er in den Reden von Spahn und Bassermann am Dienstag in die Erscheinung getreten war, doch wieder ein wenig in die Höhe zu richten. Graf Westarp hatte allzu plump und dreist die nackte Säbelherrschaft proklamiert und den bürgerlichen Kreisen — die nicht gerade der Reserveleutnantskaste zugehören — überdeutlich dargetan, wohin der Kurs gehen würde, wenn dem Uebermut des Militarismus freier Lauf gelassen würde. Zentrum und Nationalliberale haben auch bemerkt, daß ihr Umfall im Lande bei ihren eigenen Anhängern ungeheures Erstaunen hervorgerufen hat.

Also rafften sich Erzberger und auch Paasche zu neuen Absagen gegen den Versuch des Reichskanzlers auf, das Mißtrauensvotum des Reichstags vom 4. Dezember als Bagatelle verächtlich beiseite zu schieben. Besonders die Erklärungen des Zentrumsvertreters waren recht scharf zugespitzt und schienen das wieder etwas gut machen zu sollen, was der in allen Wegen regierungsfromm säuselnde Dr. Spahn versäumt hatte. Erzberger erklärte: Das Vertrauen, daß der Reichskanzler der oberste Schützer des Rechts ist, sei erschüttert. Ein Kanzler, der nur mit Mißtrauen bepackt ist, könne sein Amt nicht weiter führen. Das Mißtrauensvotum bedeute mehr als die bloße Feststellung einer abweichenden Meinung, es bedeute eine Waffe in der Hand des Reichstags, es habe ein solches Gewicht, daß niemand achtlos an ihm vorübergehen könne.

Man braucht auch diese neueste Variation der vielverschlungenen Zentrumskünste nicht allzu wörtlich zu nehmen. Man kann auch damit rechnen, daß im Zentrum schnell wieder eine andere Strömung obenauf kommt. Immerhin aber zeigen die Ausführungen Erzbergers, daß die von der Sozialdemokratie vorangetriebene Entwicklung, die zurückzuwerfen und abzuleugnen der Reichskanzler sich soeben alle Mühe gegeben hat, wirklich nicht still steht. So geringschätzig der Reichskanzler als Diener des persönlichen Regiments den Reichstag zu behandeln suchte, so hoffärtig er gegen das parlamentarische Regiment auftrat, er kämpft vergeblich gegen die Notwendigkeit der Zeit, gegen den wachsenden Einfluß des Volkes und seiner Vertretung. Das Mißtrauensvotum der großen Reichstagsmehrheit, das er abzuschütteln vermeinte, verfolgt ihn — bis auch der kaiserliche Herr zur Erkenntnis gelangt, daß er diesen Diener Bethmann nicht mehr zu halten vermag.

Schon schwirren auch Gerüchte über den Nachfolger im Kanzleramt. Man spricht vom preußischen Landwirtschaftsminister Schorlemer-Lieser, vom früheren preußischen Finanzminister, jetzigen Oberpräsidenten der Rheinprovinz v. Rheinbaben, vom General v. Bülow.

Es mag sein, daß Bethmann noch eine Weile fortzuwursteln versuchen wird. Er hat in der Stunde der großen Not den Trumpf ausgespielt, daß die kaiserliche Gewalt nicht „unter sozialdemokratischen Zwang" gestellt werden dürfe. Aber er wird trotz so hohen Trumpfes das Spiel verlieren. Die Tage, die seiner noch warten, sind grau in grau und es wird ihrer nicht mehr eine lange Reihe werden!

* * *

Zentrum und Reichskanzler.

Der Kanzler hat sich in seiner Rede am Mittwoch abermals recht von oben herab über das Mißtrauensvotum des Reichstags ausgesprochen. Ihm erwidert das führende Zentrumsorgan, die Germania:

„Homogen" ist die Mehrheit des Reichstags, die das Mißtrauensvotum notierte, allerdings nicht. Aber man kann von den 293 Stimmen, die für das Mißtrauensvotum abgegeben wurden, ruhig die 110 sozialdemokratischen Stimmen abziehen, so bleiben immer noch 183 bürgerliche Stimmen übrig, die doch gegenüber der schwachen Minderheit von 54 konservativen Stimmen immer noch eine sehr große Mehrheit darstellen. Darüber darf sich der Herr Reichskanzler nicht mit einem solchen Gefühle der „Wurschtigkeit" hinwegsetzen, wie er es gestern wieder getan hat. Herr v. Bethmann-Hollweg darf sich nicht so leichten Herzens über ein Mißtrauensvotum des Reichstags hinwegsetzen, sondern er muß wohl bedenken, daß er in seiner Stellung und im Interesse eines gedeihlichen Zusammenwirkens bei Führung der Reichsgeschäfte nicht nur auf das Vertrauen des Kaisers, sondern auch auf das Vertrauen des Reichstags angewiesen ist. Dieses Vertrauen hat er sich durch seine Erklärungen vom 3. und 4. Dezember zum Falle Zabern bei der überwältigenden Mehrheit des Reichstags nicht erringen können, und es ist ihm dazwischen auch nicht gelungen, durch seine weiteren Reden, wenngleich diese einen günstigeren Eindruck hinterlassen haben, es zurückzuerobern. Mit seiner Behauptung, daß er keinen „Rückzug" angetreten habe, kann er wohl die Konservativen zu versöhnen suchen, nicht aber die bürgerliche Mehrheit des Reichstags von dem ausgesprochenen Mißtrauensvotum wieder abbringen.

*

In der Altnationalliberalen Korrespondenz gibt Herr Fuhrmann seiner Unzufriedenheit mit dem Reichskanzler Ausdruck. Er wirft ihm Ungeschicklichkeit, einen bedauerlichen Mangel an politischem Augenmaß und vollständiges Versagen vor. Auch die Konservativen sind bekanntlich mit Bethmann sehr unzufrieden. Vor einigen Tagen brachte die Deutsche Tageszeitung scharfe Angriffe gegen die Regierung, weil sie in der Zaberner Angelegenheit einen Rückzug angetreten hatte. Bethmann hat's also ziemlich auf allen Seiten verdorben. Uebrigens ist Fuhrmann auch mit seiner Fraktion nicht zufrieden, einmal, weil sie im Verlauf der Zaberner Angelegenheit nicht deutlich genug von links abgerückt sei. Dann aber hätte nach Fuhrmanns Ansicht von nationalliberaler Seite der Bevölkerung der Reichslande gesagt werden müssen, daß sie im Verein mit einzelnen hetzerischen Preßorganen mit die Schuld daran trägt, daß ein an sich nicht „weltbewegender" Vorfall so unheilvolle Folgen hatte.

Es ist ja selbstverständlich, daß Fuhrmann mit seinen Leuten irgendwie nicht zufrieden ist, wenn sie einmal etwas getan haben, was nicht gerade ein reaktionärer Streich ist.

Die Ausschußwahl bei der Dresdner Ortskrankenkasse.

Man schreibt uns:

Das erfreuliche Gesamtergebnis der Wahl ist bereits bekannt, es ist aber geboten, es noch entsprechend zu würdigen und die Teilresultate zu veröffentlichen. Die Wahlbeteiligung war eine gute, und wenn auch die erhoffte Ziffer nicht ganz erreicht wurde, so zeigt sie doch erneut, welch vorzüglicher Geist in der freiorganisierten Arbeiterschaft Dresdens herrscht. An diesem prallten alle Sprengversuche der koalierten Streikbrechergilde wirkungslos ab. Zwei Momente verdienen dabei besonders hervorgehoben zu werden. Vor allem haben sich unsere Frauen und Mädchen, auf deren Irreführung der Nationale Ausschuß seinen Erfolg aufbauen wollte, vorzüglich gehalten. Sie wiesen die nationalen Stimmzettelverteiler, auch wenn sie weiblichen Geschlechts waren, lachend ab, was diese vielfach so nervös machte, daß sie die üblichen Verläumdersprüchlein über die moderne Arbeiterbewegung hersagten, was natürlich erst recht erfolglos blieb. Sie erreichten damit nur, daß sie von unsern Gewerkschaftsgenossen und Genossinnen derb aber zutreffend gekennzeichnet wurden.

Es wird sich lohnen festzustellen, wieviel Frauen von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, damit sie auch wissen, welch großen Anteil sie an unserm Siege haben. Das zweite Ergebnis der Wahl ist, daß einmal ziffernmäßig die völlige Bedeutungslosigkeit der gesamten „nationalen Arbeiterbewegung" in Dresden festgestellt wurde. Wie blähten sich gegenüber Behörden und Unternehmern die Gernegroße, die Berndt, bei jeder Gelegenheit auf, und nun zeigt es sich, daß sie nur über eine kleine Schar Leute verfügen, die von den Unternehmern gegängelt werden und denen man schon deshalb verzeihen möchte, weil sie nicht wissen was sie tun. — Man braucht sich nur die Resultate von den Wahlstellen 1, 2 und 14, die in der inneren Altstadt liegen, anzusehen, um zu erkennen, welche Kreise es sind, die auf Kommando der Unternehmer gegen uns stimmten.

Bedauernswerte Kellner, Kellnerinnen und Hausdiener, die meist nur einen Hundelohn erhalten und von Trinkgeldern ihren Unterhalt fristen müssen, sind es, die sich trotz unwürdiger Behandlung und Bezahlung gegen uns auf die Beine bringen ließen. Das letzte Flugblatt der Nationalen war eine einzige Unwahrheit. So haben es die Verfasser fertig gebracht, zu behaupten, daß die Sozialdemokraten im Reichstag gegen die Verbesserung der Versicherungsgesetze gestimmt hätten.

Die Stimmen der Nationalen sind Produkte von Bosheit, Unternehmerdruck, Dummheit und Lüge. Den Unternehmern, und vor allem dem bekannten Aerzteverband, ist mit dem Wahlergebnis ein derber Nasenstüber erteilt worden; sie haben's reichlich verdient. Wie sind die Leipziger Verbändler mit ihrer freien Arztwahl abgefallen; auch ihre Hoffnung ist zuschanden geworden und der liebe Gott, den der fromme Herr Dr. B. zu Hilfe gerufen hatte, war nicht auf seiner Seite, sondern wie gewöhnlich bei den starken Bataillonen, also mit den freien Gewerkschaften!

Das Gewerkschaftskartell hat die Aufgabe, die erstmalig gestellt wurde, gut gelöst; das nächstemal werden die Erfahrungen dieser Wahl nicht ungenützt bleiben.

Wenn wir bei den Unternehmern nur einen Achtungserfolg erzielten, so ist das nicht verwunderlich, denn die „Freie Vereinigung von Arbeitgebern" ist doch zu spät errichtet worden, um mit Aussicht auf größeren Erfolg in den Wahlkampf treten zu können. Organisation und Agitation versprechen aber auch hier guten Erfolg. Von 90 Ausschußmitgliedern haben wir 57, die gewiß nicht die Absicht haben, den Kampf in die Ortskrankenkasse zu tragen, die aber in unserm Sinne, wie bisher, ihre Aufgaben erfüllen werden. Es darf auch erwartet werden, daß innerer Streit nach wie vor von der Kasse ferngehalten wird, denn auch die neugewählten Arbeitgebervertreter werden sich sehr bald davon überzeugen, daß wir nicht nur unsern Mann bei der Wahl stellen, sondern auch bei der praktischen Arbeit. Die kleine Gruppe „nationaler Arbeitervertreter" ändert in der Kasse gar nichts; das vorwärtstreibende Element in unsern Reihen ist so stark und lebendig, daß die Verwaltung der Kasse den neuen Aufgaben, die an sie herantreten, im vollen Umfange gewachsen sein wird.

Freuen wir uns alle des schönen Erfolges und dann an die Arbeit. Im neuen Heim am Sternplatz wird's genug zu tun geben.

Einzelergebnisse der Wahl.

	Es erhielten Stimmen: Freie Gewerkschaften	Nationaler Ausschuß
1. Kronprinz Rudolf, Schreibergasse	1518	610
2. Hammers Restaurant, Oberseergasse	1636	291
3. Restaurant Roßberg, Schnorrstraße	814	123
4. Feldschlößchen	2163	147
5. Westendschlößchen	1401	143
6. Zentralhalle	2336	165
7. Volkshaus	2477	72
8. Walhalla	1658	103
9. Gambrinus	517	45
10. Musenhalle, Löbtau	3314	224
11. Restaur. Müller, Frankenbergstraße	1531	93
12. Kristallpalast	1226	93
13. Gasthof Cotta	918	36
14. Palmengarten	1729	300
15. Eldorado	880	98
16. Carolagarten	1521	206
17. Rest. Vater Kohl, Pfotenhauerstraße	1085	68
18. Fürstenhof	1592	177
19. Hammers Hotel	1923	125
20. Sächsischer Prinz	1859	95
21. Erholung, Schandauer Straße	3162	95
22. Grüne Wiese	403	36
23. Körnergarten, Große Meißner Straße	1143	79
24. Tonhalle	347	72
25. Saxoniasäle	1463	149
26. Orpheum	797	121
27. Reichskrone	2459	127
28. Hechtstraße 46	505	32
29. Stadt Leipzig	1778	114
30. Deutsches Haus	1556	72
31. Goldenes Lamm	1680	88
	47391	4149

Zusammen 51 540.

Die Rekruten von Zabern.

Am Donnerstag hat, wie bereits berichtet, die Verhandlung gegen die drei Rekruten stattgefunden, die dem Redakteur der Zeitung Elsässer eine Mitteilung über eine Aeußerung des Herrn v. Forstner gemacht haben. Es stellte sich in der Verhandlung heraus, daß von dem Redakteur des Elsässer das Vertrauen der Rekruten in der schnödesten Weise mißbraucht worden ist. Trotzdem er ihnen versprochen hatte, ihre Namen in der Oeffentlichkeit nicht zu benutzen, druckte er doch das von ihnen unterzeichnete Schriftstück mit ihren Unterschriften in seiner Zeitung ab. Die Redaktion des Elsässer scheint ganz merkwürdige Begriffe von journalistischem Anstand zu haben! Es braucht wohl nicht erst gesagt zu werden, daß in einer sozialdemokratischen Zeitung etwas Derartiges hätte nie und nimmer passieren können.

Das Gericht ließ Milde walten, das heißt, was man bei der Militärjustiz so nennt. Während der Vertreter der Anklage Gefängnisstrafen von 7 und 3 Monaten beantragt hatte, erkannte das Gericht gegen einen Angeklagten auf 6 Wochen und gegen zwei Angeklagte auf 3 Wochen Mittelarrest. Im Urteil wurde die geringe Strafe unter Hinweis darauf begründet, daß die Rekruten infolge ihres kurzen Dienstes die militärische Disziplin noch nicht richtig kennen. In Wirklichkeit haben die Rekruten ihre geringe Strafe wohl dem Umstande zu verdanken, daß die Richter der Oeffentlichkeit

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19131212/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG